

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 15 – Erhöhung der Tabak- und Versicherungssteuer -

Dazu sagt die finanzpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Monika Heinold:

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

E-mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 305.01 / 14.11.2001

Wer A sagt muss auch B sagen: Terrorismusbekämpfung ist nicht zum Nulltarif zu haben

Es ist politisch unstrittig, dass für verstärkte Maßnahmen zur wirksamen Terrorismusbekämpfung und zur Erhöhung der inneren und äußeren Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen in Deutschland mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen. Und wir sind uns auch alle einig, dass Terrorismusbekämpfung nicht kostenlos zu haben ist.

Die jetzt von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen sind inklusive der daraus folgenden Ausgaben auf Dauer angelegt. Deshalb müssen auch die Einnahmen zur Deckung dieser Ausgaben auf Dauer angelegt sein.

Der Bund hat sich für die Erhöhung der Tabak- und Versicherungssteuer entschieden um dauerhaft zusätzliche Einnahmen zu sichern. Das ist der richtige Weg, denn schließlich müssen - außer bei der Opposition in Schleswig-Holstein - Einnahmen und Ausgaben noch immer miteinander in Übereinstimmung gebracht werden. Und angesichts der schon existierenden Höhe der Verschuldung des Bundes und seiner dramatischen Zinsbelastung ist klar, wie eng die Spielräume sind und weshalb zusätzlichen Ausgaben in Milliardenhöhe nicht eben mal durch Umschichtung erbracht werden können.

Für meine Fraktion ist der gewählte Weg angesichts der außen- und innenpolitischen Lage für die betroffenen Bürger zumutbar, zumal uns eine seriöse Gegenfinanzierung allemal lieber ist als ein weiteres Anwachsen der Verschuldung des Bundes.

Die rot-grüne Regierung in Berlin hat eine solide und auf Konsolidierung der Staatsfinanzen orientierte Finanzpolitik zum Maßstab der Haushaltspolitik gemacht: Zum ersten Mal seit vielen Jahren wird in Berlin - trotz Steuerreform und konjunktureller Probleme - die Nettokreditaufnahme kontinuierlich reduziert.

Nun soll die Erhöhung der Tabak- und Versicherungssteuer die Einnahmen des Bundes um 1,5 Mrd. Euro erhöhen um diesen Kurs abzusichern. Dabei gibt es eine für die Konsumenten verträgliche Stufenlösung. Ziel ist es, durch diese zusätzlichen Einnahmen Maßnahmen bei der Bundeswehr, dem Bundesgrenzschutz, dem Bundeskriminalamt sowie im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe finanzieren zu können. Ich bin mir sicher, dass die Bürger und Bürgerinnen dafür Verständnis haben.

Aus Sicht meiner Fraktion ist dieses Paket aber noch nicht rund genug: Gerade in den Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitäre Hilfe müssen wir noch sehr viel mehr investieren, um einen weltweiten Friedensprozess zu ermöglichen und um dadurch im Umkehrschluss uns selbst zu schützen.

Wir lehnen den Antrag der CDU ab: Er löst keines der anstehenden Probleme.
